

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Montag nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt für ein Jahr 1200 M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 850 M. ...

Der nächstfolgende Heftausgabe über den Namen folgt 1. — M., einschließlich Zeitungsgeld 150 M., einschließlich Transportkosten 170 M., ...

Redaktion und Expedition: Berlin SW 6, Zehlendorferdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 533-30 und 9768.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Rechtssozialisten lehnen ab.

### Die Mission Heinzes gescheitert.

In Verfolg des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages zur Kabinettsbildung hat der Abg. Dr. Heinze Sonntagabend die Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu sich geladen. An dem Empfang nahmen auch Herr von Kardorff teil. Die Sozialdemokratie war vertreten durch den Reichstagsrat Müller und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Loebe. Auf die Frage des Herrn Heinze nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei machte Abg. Loebe vor folgendem einleitend von der neuwählten Reichstagsfraktion und dem Parteiausdruck in gemeinsamer Sitzung folgenden Bescheid Mitteilung:

1. Jede Beteiligung an einer nach rechts erweiterten Koalition ist abzulehnen.
  2. Die Bildung eines Kabinetts nur aus den Parteien der Linken ist wegen der ablehnenden Haltung der Unabhängigen unmöglich.
  3. Die Fortsetzung der bisher betriebenen Koalition politisch mit Zentrum und Demokraten wird als unmöglich ebenfalls abgelehnt.
- Abg. Loebe sagte hinzu, daß es seiner Partei aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht möglich sei, an ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu denken, wobei ausdrücklich hervorzuheben wurde, daß irrtümliche Bestimmungen aus dem Wahlkampf in keiner Weise missprechen dürften oder missprechen.
- Daraufhin hat Abg. Dr. Heinze den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

### Die Konferenz der Rechtssozialisten.

Über die gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausdruckes der Rechtssozialisten wird berichtet, daß sie Sonntag früh um 10 Uhr begann und bis zum frühen Nachmittag dauerte. Durch den Reichstagsrat Hermann Müller den Ausfall der Wahlen; er führte den rechtssozialistischen Erfolg auch auf gewisse unpolitische Fragen zurück, so auf die Erhöhung des Preispreises und auf den Steuerabzug von Lohn und Gehalt. Die Jahresrücklage Arbeit der Partei, die Berücksichtigung für die Reichstagsfraktion zu gewinnen, habe noch nicht vollen Erfolg gehabt. Weiter habe das Verhalten der Entente, insbesondere Frankreichs, gegenüber dem deutschen Volk auch noch Friedensschluß weite Kreise des Volkes den nationalistischen Parteien in die Arme getrieben. Der Reichstagsrat untersuchte dann die Frage, ob sich unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Mehrheit im Reichstag bilden läßt, und kam zu einer Verneinung der Frage.

Der Reichstagsrat erörterte weiter die Haltung der Unabhängigen, die er unsicher und schwankend nannte. Wenn die Sozialdemokratie jetzt ablehnen müßte, in eine neue Koalition einzutreten, so verdränge sie sich nicht der Tatsache, daß sie damit mandatarische Vorteile für die Arbeiterklasse aufsehe. Aber das Verbleiben in einer solchen nach rechts erweiterten Regierung bringe parteipolitisch so große Schäden, daß es für die Partei nicht in Frage kommen könne. Die Rechtssozialisten wollten die Sozialdemokratie antreiben. Mit den extremen Linksparteien glaube man dann fertig zu werden. Auch sonst wären da noch eine Reihe von Umständen vorhanden, die eine gedeihliche Mitarbeit der Arbeitssozialisten an der Regierung unmöglich machten. Der Redner ist der Meinung, daß die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei in der auswärtigen Politik, wenn sie eine Regierung bilden, nicht ausdrücklich wirken könnten. Eine nationalsozialistisch orientierte Regierung würde in Spätschwerlich Vorbeeren ernten können.

Der Redner kam weiter auf die Situation zu sprechen, in welche die von der bisherigen Regierung angetretenen sozialdemokratischen Beamten im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten aus der Regierung kommen würden. Keiner dieser Beamten dürfe den Platz verlassen ohne daß er dazu gezwungen werde. Man müsse unter allen Umständen die Posten zu halten suchen, schon für den Fall, daß die Rechtssozialisten später wieder gezwungen sein würden, die Regierung wieder zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geheißen hat, daß der Reichspräsident keine Lust mehr habe, im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich auszuharren. Der Umstand, daß im Falle des Ausscheidens das Herr in die Hände einer sozialistischen Regierung kommen würde, mocht dem Redner weniger Bedenken bereiten als man zu im

Reall einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fragen, was dann aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaues und aus der Beschneidung der Gewinne der Kohlenmagnaten werden solle.

In der Aussprache erklärte sich ein Redner für das Verbleiben in der Regierung. Es sei falsch, anzunehmen, eine Regierung müsse unbedingt eine Mehrheit haben. Ausschlaggebend sei, daß die Sozialdemokraten keine geschlossene Opposition gegen sich hätten. Man dürfe die Schäden, die eintreten würden, wenn die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden, nicht unterschätzen. Man solle nicht glauben, daß die Rechte gleich mit der radikalen Tür ins Haus fallen werde. Politisch bedenklich sei es auch, wenn man das Zentrum und die Demokraten in eine Koalition mit der Rechte dränge. Man müsse Rücksicht auf das Votum und auf das Herr nehmen.

Die übrigen Redner vertraten den ablehnenden Standpunkt. Minister David Härtel aus: Wir sind unter allen Umständen gezwungen, unter dem parlamentarischen System aus dem Wahlausfall die Konsequenzen zu ziehen. Das Volk hat sich durch den Wahlausfall die letzte Lage selbst erkauft. Versuchsweise Ministerpräsident Trautmann: Wie die Dinge liegen, müssen wir vor allen Dingen eins können: warten. Wir gehen nicht in ungewissen politischen Situationen begeben. Schwere Arbeits- und Wirtschaftskrisen stehen bevor. Spas steht vor der Tür. Wir können diese großen Aufgaben in der Regierung nicht bewältigen, wenn wir uns nicht auf eine jederzeit zuverlässige Mehrheit stützen können. Es wird gesagt, wir dürften weniger auf die Partei und mühten mehr auf das Land und das Volk setzen. Wir können aber für das Volk gar nichts leisten, wenn wir uns in unsichere Verhältnisse begeben und wachsende parteipolitisch dabei unter den Schritten kommen.

Nach weiterer unweillicher Aussprache wurde der oben wiedergegebene Beschluß gegen 6 Stimmen angenommen.

Der Beschluß der Rechtssozialisten bedeutet, daß diese Partei angesichts der Stimmung der Arbeiterklasse die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien kaum mehr mitmachen kann. Es ist der Druck der Arbeitermassen, der dem Zusammengehen der Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien ein Ende macht. Grundtätliche sozialistische Erwägungen haben dabei keine Rolle gespielt. Wenn die bisherige Koalition eine Mehrheit gehabt hätte hätten die Rechtssozialisten ihre Politik fortgesetzt. Die Vereinigung mit einer so offen großkapitalistischen Partei, wie der Deutschen Volkspartei, erwidern ihnen aber als eine zu schwere Belastungsprobe, obwohl der Unterschied zwischen den Demokraten und der Volkspartei viel mehr ein Unterchied der politischen Ausdrucksweise als einer des wirklichen Wesens ist. Im übrigen werden wir abwarten müssen ob die Rechtssozialisten auch im weiteren Verlauf der Krise bei diesem Standpunkt verharren.

Die Regierungsbildung ist jetzt zunächst Sache der bürgerlichen Parteien. Sie haben bisher jede sozialistische Politik verhindert, aber alle Verantwortung immer wieder auf die angeblich sozialistische Regierungspolitik abgewälzt. Jetzt werden sie zu zeigen haben, was sie selbst leisten können.

### Das „wirtschaftliche“ Kabinett.

Die Telegraphen-Anstalt meldet noch, daß Dr. Heinze sein Amt zur Kabinettsbildung dem Reichstagsrat wieder zur Verfügung gestellt habe, da die führenden Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei der Auffassung waren, daß die dann übrigbleibenden Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Kabinetts besser von Seiten der wirtschaftlichen Organisationen und die Bildung eines bürgerlichen Kabinetts von Seiten der stärksten bürgerlichen Partei, des Zentrums, in die Hand genommen werden müsse. Die Entscheidung über die weiteren Fragen der Kabinettsbildung und die Stellung der bürgerlichen Parteien dürften im Laufe des Monats erfolgen, an dem sämtliche bürgerlichen Parteien ihre entscheidenden Fraktionshaltungen im Reichstag abgeben.

### Landtagswahlen in Mecklenburg.

Vorläufiges Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten mit Ausnahme der noch ausstehenden Graebnitz von Dömitz: Deutschnationale Volkspartei 42 904, Deutsche Volkspartei 43 379, Wirtschaftsbund 13 072, Demokraten 15 162, Arbeitssozialisten 77 230, Unabhängige 29 029, Kommunisten 1001.

Demnach entfallen voraussichtlich auf die Deutschnationalen neun, Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsbund 3, Demokraten 3, Arbeitssozialisten 15, Unabhängige 6, Kommunisten zwei Sitze.

## Gewerkschaften und Regierung.

Von Wilhelm Schumacher.

Der Ausgang der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 zwingt auch die Gewerkschaften zur Erörterung der Frage, ob die U. S. V. in die Regierung eintreten soll.

Welches sind die Aufgaben, die im neuen Reichstag erledigt, stehen in ihrer Wirkung in engsten Beziehungen zu den Gewerkschaften. Ein paar mögen daraus gegrieffen werden.

Das Tarifvertragswesen bedarf einer gründlichen Neuordnung und Ausgestaltung. Lohnkämpfe mit zwingenden Zeichen müssen eingedämmt werden. Die Vereinfachung der Seimarbeit ist eine alte Forderung. Das Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten soll, wie alle übrigen, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft interessierenden Fragen nach Ansicht der alten Nationalversammlung unter Ausschaltung der kapitalistischen Wirtschaftskräfte gelöst werden. Unverzüglich sind die nach dem bekannten Kampfbuch von den Gewerkschaften aufgestellten acht Punkte, und zwar insbesondere wie auch in sämtlichen Einzelheiten.

Können alle diese Fragen durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung für die Arbeiterklasse gelöst werden? Wir sagen nein! Wenn wir uns das Stimmverhältnis der Parteien und die Abgeordneten für den neuen Reichstag ansehen, so tritt uns mit äußerster Klarheit in die Erscheinung, nämlich: eine Regierungsbildung auf der Grundlage der alten Koalition ist unmöglich, eine weitere Regierungsbildung unter Einwirkung der Unabhängigen nur dann, wenn die Unabhängigen gewillt wären, den alten Kurs weiter zu fahren, also auch ihrerseits die Hand dazu bieten, das kapitalistische System auf Kosten der Arbeiterklasse auszubauen. Wir glauben nicht, daß eine Koalition der beiden sozialistischen Parteien mit den Demokraten (hoffentlich) ist, um ernstlich Sozialisierung und Kommunalisierung in Angriff nehmen zu können. Auch dann nicht, wenn in diese Koalition das Zentrum als ausbalancierender Faktor mit eintritt; denn auch das Zentrum ist eine in jedem Weisen durchaus kapitalistische Partei und kann über seinen eigenen Schatten nicht hinweg.

Noch schlimmer wird's, wenn die S. P. D. dem Gedanken Erwin Barck folgt, der die Verdrängerung der Koalition nach rechts als das kleinere Übel bezeichnet. Einen solchen Gedanken in die Tat umzusetzen, heißt in seiner letzten Konsequenz die U. S. V. mit der S. P. D. als Feindblatt deutsch-national-kapitalistischer Regierung zu bezeichnen. Man komme uns nicht damit, daß die Ermöglichter der Revolution in Frage gestellt werden. Sie sind es heute schon! Ein Bild in die kapitalistische Presse beweist uns jeden Tag, daß mit allen Mitteln die Aufhebung des Achtstundentages propagiert wird. Daß weiter die Lebenslage der Arbeiterklasse sich von Tag zu Tag verschlechtert, daß Anti-Streikgesetze sich Moneten im Schilde der Regierung mit Hilfe der Unternehmer vorbereitet worden sind, daß ferner auch der kleinste Versuch für die Arbeiterschaft Rechte zu erkämpfen, an dem starren „Nein“ der kapitalistischen Parteien scheitern muß.

Die Geschichte des deutschen Volkes seit der Revolution hat uns doch bewiesen, daß jede Koalition, die zwischen Sozialisten und Kapitalisten gelöst wird, letzten Endes den Sozialismus korumpiert. Bei den Wahlen haben die Regierungsozialisten von der Arbeiterschaft die Zustimmung für diese Koalitionspolitik erhalten. Gütten wir uns davon!

Wir haben zu erstreben: einen konsequenten und klaren Kampf gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Wenn auch die Rechtssozialisten diesen Kampf unterstützen wollen und nur das Interesse der Arbeiterklasse im Auge haben, so könnten auch sie den Weg zu einer neuen Koalitionsbildung nicht mitmachen. Die Gewerkschaften haben ein eminentes Interesse daran, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Kraft gestärkt wird, und wir glauben, daß der Ausgang der Wahl einen bedeutenden Schritt zur Stärkung des proletarischen Bewusstseins darstellt. Die S. P. D. diesen Weg nicht, so wird sie ihren letzten Kredit bei der Arbeiterschaft in Wäde verlieren haben. Wenn ja, dann bilden diese Teile der Arbeiterschaft in Verbindung mit der U. S. V. eine gewaltige Macht, die in der Lage ist, den Kampf gegen das ganze kapitalistische System aufzunehmen und den Endkampf um den Sozialismus in entscheidender Weise zu beeinflussen.

Nach unserer Auffassung muß die U. S. V. ihre gesellschaftliche Mission erfüllen in bewussten, offenen Kampf gegen den Kapitalismus und nicht durch parlamentarischen Mittelstand mit den kapitalistischen Parteien. Ihre Entscheidung stimmt durchaus überein mit den Interessen der gesamten Arbeiterklasse.





